

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 14 Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionschluss Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung kostet durch die Post bezogen 1.- Mark für das Vierteljahr. Mitglieder erhalten dieselbe gratis.	Köln, den 12. Juli 1930 Geschäftsstelle Denloer Wall 9 / Fernruf West 57 259	Anzeigenpreis für die sechsgepaaltene Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellengänge und -Angebote stellen die Hälfte. Anzeigenentnahme nur gegen Vorauszahlung. Selbstzungen: Postfachkonto 3596 Köln 27. Jahrg.
---	---	--

Rund um die deutsche Politik

Der Rhein ist frei — Die Deckungspläne der Reichsregierung — Sparmaßnahmen in der Sozialversicherung

Köln, den 1. Juli 1930.

Zurzeit, da diese Zeilen niedergeschrieben werden, klingen die Glocken von mehr als 100 Kirchen der rheinischen Metropole über die Stadt. Allen voran die des hohen Domes. Die Petersglocke gab den Auftakt und nun klingen Hunderte Glocken zusammen zu mächtigen Akkorden. Sie künden ein wichtiges Ereignis in der europäischen Politik, sie künden Friede und Freiheit, Friede und Freiheit auch dem Volke am Rhein, das es lange Jahre alle Unbillen der Besatzungszeit zu tragen hatte.

Der Rhein ist frei! Ein einziger Jubelruf aus Millionen Kehlen schallt durch die deutschen Lande. Reichspräsident, Reichsregierung, die Regierungen der einzelnen Länder und viele andere öffentliche Stellen sprachen der rheinischen Bevölkerung Dank aus für die Treue zum Reich und für die Opfer, die sie in den Besatzungsjahren bringen mußten und gerne brachten, in der Erkenntnis, daß nur in Treue und Opferwilligkeit die Stunde vorbereitet werden konnte, die nunmehr auch der rheinischen Bevölkerung die Freiheit wiedergab.

Doch unsere Freude kann nicht vollkommen sein, solange deutsche Brüder und Schwestern noch unter fremden Joch seufzen. Noch harret deutsches Volk im Saargebiet der Rückkehr zum Mutterlande. Wir grüßen es heute an unserem Freudentage und vertrauen unseren Saarländern, daß sie in Treue und Liebe zum Vaterlande aushalten werden, damit auch für sie bald die Stunde der Befreiung schlage.

Kann man es verstehen, daß deutsche Volksgenossen nicht Anteil nehmen an der Freude, die heute alle guten Deutschen empfinden? — Verstehen kann man es kaum, aber es ist leider Tatsache. Bei der Befreiungsfeier im Reichstage, die schlicht und einfach und darum so eindrucksvoll verlaufen ging, fehlten Kommunisten und Nationalsozialisten. Soweit hat Parteisanatismus und politische Verbildung leider Gottes geführt, daß ein Teil der Volksgenossen sich auch in dieser historischen und weitheiligen Stunde abseits stellt.

Wir, die wir uns mitverantwortlich fühlen für das Wohlergehen unseres Volkes, wünschen heute, daß die nächsten Wochen und Monate unser Volk einigermaßen mögen, als es in der letzten Zeit war. Die extremen Menschen von links und rechts wird man kaum zu einem einheitlichen Willen mit den anderen Volksschichten bringen können. Angesichts der Notlage jedoch, in der unser Volk und unsere Wirtschaft steht, sollte man aber glauben, daß die anderen Teile des Volkes jetzt endlich einmal ohne jede Parteirücksichtnahme an dem Wert, daß die Reichsregierung zur Behebung der Notlage vorbereitet hat, mitarbeiten würde. Darf man hoffen, daß die außenpolitischen Erfolge der letzten Jahre Fingerzeige sein werden für die Behandlung der jetzt zur Debatte stehenden innenpolitischen Fragen? —

Die Reichsregierung hat nach Übernahme des Reichsfinanzministeriums durch den neuen Finanzminister Dietrich ein neues Deckungsprogramm aufgestellt, das vom Reichsrat vertreten wurde. Nach demselben sollen die Beträge, die zur Deckung des Defizits im Reichshaushalt notwendig sind, wie folgt aufgebracht werden:

Kopierer der Beamten	135 Millionen,
Zufschlag zur Einkommensteuer	58 Millionen,
Waldsteuer	110 Millionen,
Rücklagen am Etat	135 Millionen.
Dazu kommen noch durch Reform der Arbeitslosenversicherung:	
1 Prozent Beitragserhöhung an Einparungen	220 Millionen,
Sparmaßnahmen aus der Tabaksteuer	49 Millionen,
das ergibt zusammen	48 Millionen,
	755 Millionen.

Zur Begründung der Vorlagen führte der Reichsfinanzminister zunächst aus, daß die neuen Deckungsvorlagen eine Kodifikation der bisherigen Vorlagen darstellten. Er wies auf die allgemeine wirtschaftliche Depression hin und erklärte, man müsse bei der Beurteilung der Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu einer erheblich höheren durchschnittlichen Arbeitslosenziffer kommen, als das noch zwei Monate vorher der Fall gewesen sei. Die Berechnungen beruhen jetzt auf der Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen.

Ferner sei für die gesamte Wirtschaftsentwicklung und damit auch für die finanziellen Einnahmen des Reiches die Preisentwicklung von ungeheurer Bedeutung.

Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten auf allen Gebieten sei festzustellen, daß wir es nicht mit einer normalen Krise zu tun hätten, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schaffe, und deren Überwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schicksalsfrage des deutschen Volkes sei. Die Reichsregierung habe mit der Einbringung der Deckungsvorlagen nicht länger zögern wollen, weil sie dem deutschen Volke unter allen Umständen vollkommene Klarheit über den Stand der Reichsfinanzen geben wolle. Sie glaube dazu verpflichtet zu sein, um die Gefahren vergangener Jahre zu bannen, sie glaube dazu verpflichtet zu sein angesichts der Tatsachen, daß in den vergangenen Jahren aus Mangel an Einsicht der Parteien oder aus außenpolitischen Rücksichten nicht sofort und energisch an ein Sanierungsprogramm herangegangen wurde.

Der Reichsfinanzminister verwies sodann darauf, daß es nicht angängig sei, den vielfach geduldeten Wünschen Rechnung zu tragen, die die Abdeckung der Fehlbeträge im Etat im Rahmen des übrigen Programms, das die Regierung für die Sanierung der Wirtschaft und die Gesamtreform der Reichsfinanzen vorbereitet, durchgeführt sehen wollen. Das sei für die Reichsregierung nicht akzeptabel aus einer ganzen Reihe von Gründen. Entscheidend für den Kredit des Reiches und das Ansehen jeder Reichsregierung ist es, in erster Linie, daß nicht gerüttelt wird an dem Schuldentilgungsplan, der nach der Veranschlagung aufgestellt ist. Denn man darf nicht unterschätzen: trotzdem unsere Finanzdebatten früher überschattet wurden von dem schmerzlichen Ringen um den Young-Plan, hat ein so hohes Defizit eine Erschütterung des Vertrauens im eigenen Volke herbeigeführt.

„Schieben wir noch einmal die rücksichtslose Sanierung der Finanzen auf, so fuhr der Reichsfinanzminister fort, dann ist es möglich, daß, wenn uns Forderungen gestellt werden, wir nicht wegen unserer Finanzlage instand sind, eine Forderung abzulehnen, sondern gezwungen sind, nachzugeben. Das Ziel und das Programm der Reichsregierung ist, auf lange Sichten hinaus die schwer erkaufte Freiheit frei von Kontrolle zu erhalten und zu sichern, auch die außenpolitische Freiheit für die nächsten Jahre zu stabilisieren.“

Es ist eine Pflicht und Aufgabe der Reichsregierung, mit jedem Willen dafür zu sorgen, daß die Konsequenzen dieser Freiheit in den Instanzen der parlamentarischen Körperschaften eingehen.

Ich füge hinzu, daß der Glaube an eine absolut sichere, absolut und restlos verantwortungsvolle Finanzpolitik die Voraussetzung ist, daß die übrigen Maßnahmen der Reichsregierung zur Behebung der wirtschaftlichen Lage durchgeführt werden können. Die Abdeckung des Defizits ist die Voraussetzung, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Zusammenfassend muß ich erklären, daß die Reichsregierung an diesem Deckungsprogramm festhalten muß, auch an seiner zeitigen Erledigung. Alles, was in einem entscheidenden Augenblick veräußert wird, muß später mit erheblich größeren Lasten nachgeholt werden. Das ist das ganze Ergebnis der deutschen Finanzpolitik der letzten Jahre. Wenn wir die Hoffnung haben sollen, auf die Dauer die Gesamtsituation in Deutschland zu bessern, dann müssen wir unter allen Umständen jetzt den Mut haben, das zu tun, was uns nach Ansicht der Reichsregierung über die Ausmahlung der Schwierigkeiten, über den Berg hinüberbringt.“

Die Reichsregierung ist sich wohl von vorneherein darüber klar gewesen, daß ihre Deckungsvorschläge nicht populär sind. Sie findet namentlich großen Widerstand bei den Beamten, die immer noch nicht einsehen wollen, daß das Opfer, das ihnen zugemutet wird, verhältnismäßig klein ist gegenüber den Opfern, die die Arbeiterschaft seit Jahren bringen muß. Die Arbeiter würden in ihrer Mehrheit sicher gerne in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen mit den Beamten tauschen. Es kommt aber gegenwärtig gar nicht so sehr darauf an, daß alle Maßnahmen der Regierung den Beifall aller Volksschichten finden. Worauf es ankommt, ist: Die Reichsfinanzen so schnell als möglich in Ordnung zu bringen, damit das stark geschundene Vertrauen zu unserer Verwaltung, das zur Belebung der Wirtschaft erste Voraussetzung ist, rasch möglichst wieder hergestellt wird.

Neben den hier kurz skizzierten Reformmaßnahmen lauten Pläne der Reichsregierung, Sparmaßnahmen bei der Sozialversicherung, insbesondere bei der Krankenversicherung, durchzuführen. Ein Gesetzentwurf hierzu ist vom Reichskabinett verabschiedet und in etwas abgeänderter Form bereits vom Reichsrat genehmigt worden. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle sind folgende:

Die Novelle schreibt jetzt 50 Pfg. Gebühr für die Ausstellung des Krankenscheines vor. Ferner soll der Versicherte in Zukunft 50 Pfg. Heilmittelfreistellung, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten, tragen. Das Krankengeld soll künftig erst vom vierten Werktag der Krankheit an, nicht, wie bisher, schon vom vierten Krankheitstag an, gezahlt werden. Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld soll ruhen, soweit der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Diesen Sparmaßnahmen steht auf der anderen Seite der Ausbau der Familienkrankenpflege zur Pflichtleistung gegenüber.

Die Maßnahmen, die hier geplant sind, sind gewiß von großer Bedeutung für alle gegen Krankheit Versicherte. Der Zweck derselben soll sein, wie Reichsarbeitsminister Dr. Stenning erklärte, am 30. Juni bei Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums ausführte, wenigstens 1 Prozent an Beitrag bei der Krankenversicherung einzusparen, damit die Beiträge für Sozialversicherung infolge der notwendigen Erhöhung bei der Arbeitslosenversicherung und einer in Aussicht stehenden Erhöhung der Beiträge bei der Invalidenversicherung nicht ins Uferlose steigen.

Der Gedanke ist an sich gut. Es fragt sich nur, ob die geplanten Maßnahmen nicht doch in vielen Fällen soziale Härten in sich bergen, die, ohne den Zweck der Maßnahmen zu verhindern, ausgemergelt werden können. Wir sind der Auffassung, daß das möglich ist. Weiter wird es möglich sein, in vielen Klassen die Verwaltungskosten, die in manchen Fällen außerordentlich hoch sind, herunterzubringen. Man wird dabei auch an den Personalausgaben nicht vorbeigehen können, insbesondere dort nicht, wo Gehälter in Frage kommen, die das Doppelte oder Dreifache der Lohnneinkommen der Mehrzahl der Versicherten betragen. Was an sächlichen und persönlichen Verwaltungskosten gespart wird, kann den Versicherten entweder in Form höherer Leistungen oder in Form niedrigerer Beiträge zugute kommen.

Es hat — wie schon dargelegt wurde — in dieser Notzeit keinen Wert, ja es wäre direkt falsch, die tri-

ische Sonde an jede einzelne Maßnahme, die geplant ist, anzulegen. Das große Ziel, die Reichsfinanzen zu sanieren und die Wirtschaft anzukurbeln, muß erreicht werden, und zwar in allerndürfter Zeit. Sehr viel lofsbare Zeit ist schon verflumt worden. Jede weitere Woche Aufschubens erschwert die Lage und macht sie hoffnungsloser. Eine Regierung — mag sie heißen, wie sie will — die dieses Ziel trotz aller Hemmungen und Schwierigkeiten erreicht, verdient den Dank des ganzen Volkes.

Man darf gespannt darauf sein, wie die Sozialdemokratie, die in den letzten Monaten — seit Austritt aus der Regierung — wieder sehr stark in Agitationspolitik macht, sich zu den Plänen der Regierung Brining stellt. Wird sie trotz der großen politischen und wirtschaftlichen Gefahren, die ein Scheitern der Sanierungsmaßnahmen mit sich bringen werden, bei ihrer Regationspolitik beharren? — Das kann sie nur dann, wenn sie ihre parteipolitischen Interessen höher stellt, als das Wohl des Volkes, das der Arbeiterschaft nicht ausgenommen.

Für uns als christliche Arbeiter, die wir solche Dinge nicht durch die Parteibrille betrachten, kann nur eins in Frage kommen: jede Regierung zu unterstützen, die den ersten Willen hat, die Wirtschaft aus der Depression herauszuführen und die den Mut ausbringt, Maßnahmen zu treffen, die im Volke unpopulär sind, wenn diese Aussicht auf Besserung der Lage bieten. Wissen wir doch, daß beim Darneberlegen der Wirtschaft die Arbeiterschaft am meisten zu leiden hat.

Kennzeichnend für unsere innerpolitischen Verhältnisse ist die Tatsache, daß es in der Hauptsache zwei christliche Arbeitnehmerführer — Brining und Siegerwald — sein müssen, die in dieser Notzeit unter Hintansetzung ihrer Person die politische Verantwortung auf sich nehmen. Die Sozialdemokratie hat sich wieder einmal — wie schon so oft in schwierigen Situationen — der Verantwortung entzogen. Wenigstens glaubt sie, es tun zu können. Vielleicht aber wird die Arbeiterschaft auch einmal anders urteilen. Die ruhig und überlegend denkenden Arbeiter fragen sich schon heute, wie es möglich ist, daß sich die stärkste Partei des Reiches — die Sozialdemokratie — in der Jetztzeit außerhalb der Regierung stellen kann, wo doch so unendlich viel für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Je mehr die Arbeiter die politischen Zusammenhänge erkennen, um so eher werden sie sich von der unfruchtbarsten Agitationspolitik der Sozialisten abwenden.

Ist der Tiefpunkt der Wirtschaftsdpression erreicht?

Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem letzten Vierteljahrsbericht folgendes Bild der Wirtschaftslage:

Die gegenwärtige Wirtschaftslage zeigt alle Symptome einer konjunkturell noch abnehmenden Geschäftstätigkeit. Der Geldmarkt ist infolgedessen ausgesprochen flüssig. Die konjunkturelle Entspannung des Kapitalmarkts hat im Vergleich hierzu nur geringe Fortschritte gemacht. Die

Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß der Kapitalmarkt erst am Beginn einer Erleichterung steht, und daß im weiteren Verlauf des Jahres 1930 zunehmend günstiger Emissionsbedingungen zu erlangen sein werden. In den Fertigungswerten und insbesondere in den Einzelhandelspreisen ist die Baisse der Rohstoffe und der Agrarprodukte noch nicht voll zum Ausdruck gekommen. Dies läßt erwarten, daß die Abwärtsbewegung der Fertigungswerte, zum mindesten die der Industrieerzeugnisse, vorerst weiter anhalten wird.

Die Entwicklungstendenzen am Geld- und Kapitalmarkt sind geeignet, der künftigen Wirtschaftstätigkeit weitestliche Erleichterungen zu verschaffen. Einen günstigen Konjunkturaussicht eröffnen sie aber nur auf lange Sicht. Vorerst steht ihnen noch entgegen, daß die Kaufkraft der breiten Massen während der nächsten Monate gedrückt bleiben wird, daß der Investitionswille der Unternehmer als nur gering veranlagt werden kann, und daß auch die Exportlage als ernst bejauget werden muß.

Verschiedene Anzeichen lassen auf eine weitgehende Annäherung an den konjunkturellen Tiefpunkt schließen: Der Inlandsverbrauch von Walzwerkserzeugnissen ist seit mehreren Monaten nur noch verlangsamt gesunken, die Wagengüterlieferung der Reichsbahn hat seit März konjunkturell kaum nachgegeben; der Preisdruck an den Rohstoffmärkten hat nachgelassen, einige konjunkturell wichtige Rohstoffpreise (insbesondere die Häutepreise) haben sich etwas befestigt. Diese Symptome, in Verbindung mit der aufgezeigten Konstellation der verschiedenen Wirtschaftsvorgänge, machen es wahrscheinlich, daß die Produktion von ihrem konjunkturellen Tiefpunkt nicht mehr weit entfernt ist. Überkritischen hat sie ihn jedenfalls noch nicht. Es ist aber noch nicht ausgeschlossen, daß sich die Lage einiger Branchen, deren Produktion schon frühzeitig im Verlauf des nunmehr zweieinhalb Jahre dauernden Konjunkturrückgangs scharf gestumpft war (so bei den Verbrauchsgüterindustrien), während der kommenden Monate leicht bessern wird. Im ganzen dürfte sich das Bild einer Stagnation ergeben.

Die vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Indexziffer der industriellen Produktion, die im Juni 1929 einen Stand von 100,8 (1928 = 100) erreicht hatte, sank von 96 im Dezember auf 91,5 im April. Das J. f. R. berechnet neuerdings einen Ausnutzungssgrad der Industrieanlagen, der sich gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze auf 71,2 Prozent und gemessen an der Zahl der zu leistenden Arbeitsstunden auf 65,4 Prozent senkte. Die Leistungsentfaltung der Auftragsengpässe sind in den meisten Industriezweigen unverändert geblieben oder haben sich weiter verschlechtert. Anzeichen einer sich bereits abzeichnenden konjunkturellen Zunahme der Wirtschaftstätigkeit sind nach dem jetzigen Stand nicht erkennbar. Auf Industrien, die unter Einfluß harter konjunktureller Aufwärtsbewegung stehen (Braunkohle, Elektrizität) fallen in den letzten Monaten deutlich eine konjunkturelle Beeinträchtigung der Produktionsleistung erkennen. In der Konjunkturgruppe der Produktionsgüterindustrien war die Beschäftigung im April um 7 Prozent niedriger. In den Verbrauchsgüterindustrien ist die Zahl der belegten Arbeitsplätze von November bis April um 6 Prozent gesunken.

Beschäftigung in den kommenden Monaten

Ist das Institut für Konjunkturforschung sehr pessimistisch. Es schätzt für das ganze Jahr 1930 einen Durchschnitt der Arbeitslosen von 2,6 Millionen und meint, daß Arbeitslosenvermehrung und Krisenunterstützung mit einem Jahresbudget von zwei Millionen Hauptunterstützungsempfänger zu rechnen haben wird. Die vorigen Schätzungen sind also nach oben berichtigt worden.

Das J. f. R. antwortet die

Arbeitslosigkeit für einen neuen Konjunkturausschwung. Die Flüssigkeit des Geldmarktes ist zunächst nur ein Ausbruch der schlechten Konjunktur und begründet keine Besserung der Wirt-

schaftslage. Aber auch der Kapitalmarkt befindet sich in einer zunehmenden Verflüssigung, wenn auch die Spanne zwischen Geld und Kapitalmarkt sich noch vergrößert hat. Die Verbilligung der langfristigen Kredite reicht noch nicht aus, um zu wesentlich erhöhten Investitionen anzuregen. Es kann jedoch damit gerechnet werden, daß sich die Emissionsbedingungen am deutschen Kapitalmarkt im weiteren Verlaufe des Jahres zunehmend bessern. Dazu kommt ein kürzerer Zufluß von Auslandsanleihen. Das J. f. R. weist nochmals darauf hin, daß die Reparationsanleihe nicht zu einer Verstopfung der internationalen Kapitalmärkte führen wird.

Ausgang der Warenpreise

Man zu erwarten. Die Indexziffer der reagiablen Warenpreise ist von Februar bis Mitte Mai von 107 auf 100 gesunken. Freilich ist der Rückgang der Preise der industriellen Rohstoffe und Halbwaren überwiegend auf die Senkung der Weltmarktpreise zurückzuführen. Die auslandsbestimmten Preise sind vom April 1928 bis April 1930 von 135 auf 108 (1913 = 100) gesunken, während sich die inlands bestimmten Preise von 133 auf 135 leicht erhöht haben. Die freien Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren sind von 99,4 (1928 = 100) im Januar auf 85,3 im April gesunken. Die gebundenen Preise sind allgemein unverändert geblieben. Die Fertigungswerte sind dem Rückgang der Rohstoffpreise bisher nur zögernd gefolgt. In einer langanhaltenden Abschwächung kann die Preisentwicklung für sich nur dadurch beitragen, daß sie auf eine Verbrauchsteigerung hinwirkt. Dies kann geschehen, wenn die Fertigungswerte sinken, den Konsumenten also der Bezug steigender Mengen bei gleichen Ausgaben ermöglicht wird. Wirkungen nach dieser Richtung dürften von den Warenpreisen bereits in gewissen Umfang ausgegangen sein; die Indexziffer der Lebenshaltungskosten ist von ihrem Höhepunkt im März 1929 (156,5; 1913 = 100) bis zum April 1930 (147,4) um 5,8 Prozent gesunken; die Indexziffer der Fertigungswerte hat bisher um 5,1 nachgegeben. Die Erfahrungen der früheren Jahre berechtigen zu der Hoffnung, daß sich der Preisrückgang der Fertigungswerte fortsetzen wird.

Das J. f. R. weist gleichzeitig aber auf die Hemmungen

hin, die einem Konjunkturausschwung entgegenstehen. Die sind vornehmlich das verringerte Einkommen der breiten Massen, der verminderte Investitionswille der Unternehmer und die Erschwerung des Exportes durch ungünstige Entwicklung der Auslandsmärkte. Da aber die Ausfuhr Deutschlands bis 70 Prozent in Europa liegt, wird sie von der Krise der Rohstoffländer nicht so stark getroffen. Hervorzuheben ist eine Bemerkung des J. f. R., das darauf hinweist, daß nicht zu übersehen ist, welche Hemmungen für den Export als Reaktion auf die neuesten handelspolitischen Maßnahmen Deutschlands ergeben können.

Auf der Tagung des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels stellte Dr. Tiburtius von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels fest: wenn die Fertigungswerte im Einzelhandel dem Rückgang der Rohstoffpreise nicht im gleichen Umfange folgen können, so hätte dies seinen Grund vor allem in den Hemmungen des Preisabbaues, die sich in den Zwischenstufen bis zum Verkauf der Ware an den Verbraucher im steigenden Maße auswirken. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, ob Dr. Tiburtius sich auch über das Wesen dieser Hemmungen geäußert hat. Die Preisrückgänge, insbesondere bei demjenigen Waren, die auf dem Weltmarkt starke Preisstütze zu verzeichnen haben, sind so groß, daß selbst fleuerliche Mehrbelastungen bei den Realizierern diese Differenz nicht ausgleichen. Die Hemmungen, den letzten Konsumenten in den Genuss der Preisentfaltungen kommen zu lassen, bestehen eben in dem Bestreben, durch mangelhafte Anpassung das eigene Einkommen zu erhöhen.

Interessante Paragrafen aus dem alten „Zinnungsgesetz der Schneider“

(Schluß)

Weiter soll kein Meister mehr als 3 Gesellen halten, es sei denn, es ist zu viel Arbeit da. Wer anders handelt fällt in die ungeründliche Zunftlade 3 Reichsthaler. Ueber diesen Gesellenpunkt handeln noch mehr Paragrafen, die unter gewissen Umständen die Einstellung von noch mehr Gesellen gestatten, aber es führt zu weit, diese besonderen Bestimmungen hier genauer zu betrachten.

Es stand dem Meister frei, seinen oder seine Gesellen sofort zu verabschieden, wenn er „vor dem Gewerke darzut“, daß die Träge und Faulheit, sowie die Widerspenkigkeit des Gesellen ihm den Ruin bringen würde. Dagegen darf der Geselle keineswegs „in der Woche“ Abschied nehmen (also die Arbeit niederlegen), sondern er muß den kommenden Sonntag abwarten. Handelt er entgegen, so hat er einen Reichsthaler zu zahlen, der dem Meister und Gesellen zu gute kommt und muß ferner den dem Meister durch seine Nachlässigkeit entstandenen Schaden ersetzen.

Wenn ein Geselle oder fremder Meister bei einem Meister eintritt, so soll dieser dem Gast nach seinem Vermögen eine Maßzeit an Essen und Trinken darbieten.

Bzüglich der Aufnahme von Lehrlingen heißt es: daß der Knabe „ehrlicher Geburt“ sein muß. Nach seiner Aufnahme hat er 3 Jahre zu lernen und hat nur 2 ganze Rihl. in die Lade zu legen. So aber ein Meister fürde und hinterliche einen Lehrlingen, so nicht völlig ausgelehrt hätte, so soll ihn ein anderer Meister solange hausehnen bis er ausgelehrt und ihn alsdann auch vor offener Lade losprechen.

Auf den „Zunftstaben“ darf keiner, weder Meister noch Geselle, einen Degen noch ein Gewehr bei sich führen; tut er es doch, so zahlt er 8 grs. in die Lade. Auch soll keiner bei „offener Lade“ (d. h. also bei den Zusammenkünften, denn nur dabeitil wurde die Lade geöffnet!), den andern Leuten Kränzen noch sonst unangenehme Worte, oder solche schandbar gebrauchen, widrigenfalls er für jedes Wort 3 grs. zu zahlen hat. Schlimmer noch ergeht es dem, der einen andern schlägt, raufft, kößt oder

wirft, doch so, daß er nicht „blutrünstig“ ist; denn er zahlt 4 grs. und muß sich mit der „Obriqkeit“ absünden. Fährt aber ein Geselle bei einer mehr oder minder selbst berechtigten Klage wider den Meister „mit guben Worten heraus“, so soll er 12 grs. zahlen und auch in „E. Hoch. Magistrats willkührliche Strafe verfallen sein.“

Auch der Name Gottes soll in keiner Versammlung mißbraucht, noch darz gelästert und geschwätet werden. Wer es trotz des Verbotes tut, zahlt für jeden Tusch und Schmutz 17 grs. in die Lade, außerdem sollen ihn die Altmeister bei der Obriqkeit (= Vollzeit, Magistrat) melden, auf daß derselben „den Nudern und Leisterern zum Abtuen därtigil getraffet“ werde. Auch darf nicht bei 2 Rihl. Strafe, geliept oder gemeielt werden.

Ein anderer Paragraf macht dem einzelnen Meister zum Gebot, die Worte des anderen Meisters hoch zu achten, und sie nicht schlecht zu machen, es sei durch ihn selbst, noch durch seine Leute und Weib und Kind. Wer diesem gewiß sehr schönem Gebote zuwiderhandelt, büßt es mit 1 Rihl. Strafe in die Lade.

Wenn einem Meister oder Meisterin Kinder sterben, so muß es den Altmeistern gemeldet werden, auf daß die Meister und Gesellen zum Begräbnis geboten werden. Wer ohne erhebliche Ursache fern bleibt hat 6 Groschen Strafe in die Lade zu zahlen. Stirbt ein Meister oder eine Meisterin der Jungt, so sollen die jüngeren Meister, und sind es deren nicht an Zahl genug, die ältesten Gesellen, den Toten zu Grabe tragen. Stirbt eines Meisters Tochter oder Sohn, so haben Gesellen in schwarzer Kleidung und auf den Schultern den Toten zu Grabe zu tragen. Wer sich wider dieser Vorschrift setzt, zahlt 12 Groschen in den Schatz der Lade.

Wird ein Urdmeister der Meisterjungt krank oder gerät er sonst unermutet in Not und Armut, so soll ihm die Lade notwendige Hans Mittel vorstrecken, kommt der Empfänger solcher Unterstützung jedoch wieder zu Gesd, so soll er der Lade zurückgeben; Stirbt er, so soll sich dann mit obriqteitlicher Hilfe die Lade aus dem Nachlasse bestricken, und soll dies deshalb geschehen, damit „durch solche Dienste die Lade nicht in Miskand gerate.“ Dies sind die charakteristischen Momente des alten Zunftgesetzes, die sich untereinander in manchen Vorschriften fast alle gleichen. Mit dem Eintritt der Reichsreform von 1733 schwanden sie und nur ihre hinterlassenen Paragrafen jagen von den Standesbewußtsein und Würde verurteilten alten Gesellen.

Lehrer-Anekdoten

Friedrich II. inspizierte eine Dorfschule. Der Lehramt nahm von der Anwesenheit des Königs in keiner Weise Notiz und antwortete, als er darob von Friedrich II. ungnädig zur Rede gestellt wurde:

„Majestät, wenn ich diese gottlosen Bengel merkten ließe, daß es jemand auf der Welt gäbe, der mehr zu befehlen hat als ich, dann würde ich sie überhaupt nicht mehr händigen können.“

Der Lehrer 3 an einer Volksschule Mannheims wollte von Darwin und seiner Lehre nichts wissen. Eines Tages erklärte er den Kindern die Schöpfungsgeschichte, als sah ein Junge zum Wort meldete und sagte:

„Mein Vater hat mir erzählt, daß wir vom Affen abstammen.“

„Ja“, erwiderte ihm 3, „Das kann Dein Vater halten wie er will, eure Familienangelegenheiten gehen die Schule gar nichts an.“

Der Herr Schulleter war mit der Besichtigung der Dorfschule im allgemeinen zufrieden, bloß hatte er auszufragen, daß der Lehrer nicht einfach genug fragte. Er gab also selber eine Lehrprobe, um zu zeigen, wie man es machen soll. Uebers Jahr kam der Schulgewaltige wieder, gespannt darauf, ob er jetzt einfache Fragen zu hören bekommen werde. Er kannte nicht schlecht, als der Lehrer zu fragen begann: „Also Kinder, wer frähte als Petrus den Herrn Jesus verleugnete?“

In einer Malmder Volksschule fand die Schulprüfung statt, bei der fast alle Schüler in den Rechenaufgaben überbeimühmende drei Fehler hatten. Wie sich schließlich ergab, hatten die Prüflinge richtig, die Brückungsanforderung aber hätte falsch gerechnet. Der Schulleiter sah sich veranlagt, folgende seltsame Erklärung in die Zeitungen zu geben:

„Für die von der Prüfungskommission genannten Rechenfehler bin ich allein verantwortlich, da ich selbst die Aufgaben ausgerechnet habe, die übrigen zu den leichtesten Minimalaufgaben gehören.“

Tarifvertrag für die Arbeiter in den Seeresbetrieben

Der neue Tarifvertrag für die Arbeiter in den Seeresbetrieben ist nach langwierigen Verhandlungen unterzeichnet. In demselben wurde gegenüber dem früheren Vertrag eine Anzahl Bestimmungen geändert. Wir wollen im Nachstehenden einige besondere hervorheben:

Der § 7 hat den Begriff der Mehrleistungs- und Mehrzeitarbeit fest umschrieben. Als Mehrleistungsarbeit gilt die 49. bis 54. Stunde, darüber hinausgehende Arbeit ist Mehrzeitarbeit.

Der Abschnitt VI bestimmt in seinem § 9 die Zusammenlegung des Lohnes. Als Lohn wird gewährt:

- a) Grundlohn (§§ 10 und 11), ferner gegebenenfalls:
- b) Dienstaufzulage (§ 12),
- c) Mehrleistungszulage (§ 13),
- d) Ueberzeitarbeitzulage (§ 14),
- e) Sonn- und Feiertagszulage (§ 15),
- f) Nachdienstzulage (§ 16),
- g) Frauenaufzulage (§ 17),
- h) Kinderaufzulage (§ 18).

Im § 10 „Grundlohn“ ist besonders die Bestimmung der Pfler 3 zu beachten, welche lautet: „Der Grundlohn wird entsprechend der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Anspruch gebracht. Werden Arbeiter, die für eine Wochenarbeitsleistung von mindestens 48 Stunden angenommen worden sind, in einer Lohnwoche weniger als 60 Stunden, mindestens aber 48 Stunden beschäftigt, so wird der Grundlohn für 50 Stunden gewährt.“ Eine grundlegende Veränderung hat die Berechnung der Lohnzuschläge erfahren. Statt des früheren Prozentfußes sind jetzt feste Beträge vereinbart. Dies trifft insbesondere die Dienstaufzulage, Mehrleistungsarbeit und den Ueberzeitarbeitzulage, Mehrleistungsarbeit und den Ueberzeitarbeitzulage, Nachdienstzulage, Frauenaufzulage und Kinderaufzulage.

Im Abschnitt V: „Sonstige Arbeitsbedingungen“ wurde das Verhältnis der Arbeitnehmer zur Unfallversicherung, zum Krankengeld und zum Urlaub festgelegt.

In den Urlaubsbestimmungen (§ 26) ist besonders wichtig, daß fest Kalendertage Werktage gesetzt wurden. Die feierliche Benachteiligung der Kollegen, in deren Urlaubstage die Krankezeitung gefallen sind, ist somit beseitigt. Der Krankegeldzuschuß wird im § 27 besonders geregelt. Wichtig ist, daß die bisherigen zwölf Wochen durch weitere zwei Staffeln 18 Wochen betragen. Die Zahlung des Krankegeldzuschusses erfolgt nach einer Dienstzeit von:

6 Monaten bis zur Dauer von 2 Wochen	3
1 Jahr	6
2 Jahren	9
3 Jahren	12
4 Jahren	14
5 Jahren	16

ledig nicht über die Dauer des Dienstverhältnisses hinaus. Der Tarifvertrag tritt mit dem 28. Juni 1930 (Beginn der Lohnwoche), hinsichtlich der §§ 26 und 27 am 30. März 1930 (Beginn der Lohnwoche) in Kraft und gilt bis zum 31. März 1933.

Unseren Mitgliedern ist zu empfehlen, den neuen Tarifvertrag aufmerksam zu studieren und die jetzigen Bestimmungen mit dem alten Vertrag zu vergleichen. Wenn auch eine Reihe Wünsche der Arbeitnehmerschaft unerfüllt bleibt, so sind doch im neuen Vertrag wesentliche Verbesserungen erzielt worden.

Es ist Sorge zu tragen, daß die in den Seeresbetrieben beschäftigten Befeidungsarbeiter in noch weit höherem Maße als bisher unserem Berufsverband zugesührt werden. Wie in der Privatindustrie, so ist auch in den Seeresbetrieben eine frische Organisation erste Voraussetzung für gute Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Lohnabbau! Lohnabbau!

Ein Jeremias der Wirtschaft J. Elsbaach & Co., Herford i. W.

Die bekannte Wäschefirma J. Elsbaach & Co., Herford, kündigt mit Schreiben vom 28. April d. J. die bestehenden Lohnsätze für die Herren- und Damenwäsche zum 30. Juni 1930 mit dem Ziel, einen Lohnabbau durchzuführen. Da nun seitens der Gewerkschaften ein Lohnabbau kritisch abgelehnt wurde, verteilte die Firma an ihre Beschäftigten folgendes Rundschreiben:

Die im Umlauf befindlichen Gerüchte über unsere Firma veranlassen uns, folgendes bekanntzugeben:

Es ist richtig, daß wir die ernsthafte Absicht haben, unseren Betrieb in Herford ganz stillzulegen und anderswo wieder neu zu errichten. Verhandlungen hierüber sind bereits eingeleitet. Unser Rohkonto bildet, gemessen am Preis der Ware, einen sehr hohen Unkostenbestandteil. Wenn die Firma lebensfähig bleiben soll, ist es notwendig, diesen Unkostenbestandteil herabzumindern. Die Lohnsätze, die wir hier am Ort zahlen müssen, liegen weitestgehend höher als im Durchschnitt von 14 bis 15 sonstigen deutschen Städten, auch Großstädten, in denen sich unsere hauptsächlichsten Konkurrenzbetriebe befinden. Durchschnittlich ergibt sich eine Differenz von 20 Prozent. Städte wie Düsseldorf, Dortmund, Bochum, Essen u. a. liegen in ihren Lohnsätzen etwa 25 Prozent niedriger als wir. In süddeutschen Städten werden noch niedrigere Sätze gezahlt. Ein solcher Rohuntertrieb ist nicht durch festgelegte Rationalisierung des Betriebes nicht auszugleichen. Solange dieses Verhältnis anhält, muß sich der Abschlag der Ware und damit der Beschäftigungsgrad des Betriebs immer weiter vermindern, so daß für unsere Firma eine Lebensunfähigkeit in Herford nicht mehr bestehen kann. Der Entschluß zur Umwanderung nach Herford ist also nicht anders als ein einfacher Selbstschutzbewußtsein und der wohl verständliche Wunsch, im Lohnabbau nicht höher zu liegen als die Mehrheit unserer Konkurrenzunternehmen in Deutschland.

Die vertriebenlich erhobenen Ansprüche wegen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerverbandsbeiträgen müssen wir daher als völlig unbegründet zurückweisen.

J. Elsbaach u. Co. K.G.

Soweit das Rundschreiben der Firma an die Betriebsbeschäftigten, dazu ist zu sagen, daß das Zeitlohnabkommen, welches im Vordergrund steht im Vergleich zu anderen Lohnverhältnissen, gar nicht die große Bedeutung hat, die man denselben beilegen möchte.

Der Betrieb Elsbaach & Co. beschäftigt zurzeit etwa 800 gewerkschaftliche Arbeitnehmer, von diesen sind etwa 95 Prozent weibliche Beschäftigte. Es arbeiten insgesamt mindestens 90 Prozent im Affort, so daß nach dem Zeitlohn tarif ungefähr zehn Prozent entlohnt werden.

Die Spitzenstundentlöhne in der Firma betragen: Für die Herrenwäsche: Zuschneider 109 Pfg., Näherinnen 60,8 Pfg.; für die Damenwäsche: Maschinenführer 106 Pfg., Hausdiener 103 Pfg., Näherinnen 57 Pfg., Hilfsarbeiterinnen 51,3 Pfg.

Die Mehrheit der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer fällt unter den Damenwäschearbeiter. Ausschlaggebend sind nicht die Zeitlöhne, sondern die Affortverdienste der Arbeitnehmer dieses Betriebes.

Bei Feststellungen, die seitens der Gewerkschaften in dieser Hinsicht gemacht wurden, konnte der Beweis erbracht werden, daß die Mehrheit der Beschäftigten nicht einmal den Spitzenstundenlohn von 57 Pfg. erreicht. Wenn dann angeht dieser Lastfrage von einem Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent geredet wird, so wird man hier mit dem entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft rechnen müssen.

Der Lohnmangel insonderheit in der Damenwäsche ist auf die Modeveränderung in der Damenwelt zurückzuführen. Diese Lastfrage besteht aber nicht allein in der Firma J. Elsbaach & Co., Herford, sondern in der gesamten Damenwäschefabrikation in Deutschland. Es wäre daher sehr notwendig, in der Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die gute, alte, solide Damenwäsche wieder mehr von den Damen gekauft und getragen wird; dadurch würde sich der Abschlag von selbst wieder heben.

Durch die Rationalisierung, welche von der Firma Elsbaach & Co. seit etwa zwei Jahren eingeführt ist, wird das Leben aus den Näherinnen herausgeholt, die Affortlöhne sind so gestellt, daß in den meisten Fällen wenigstens kein Ueberverdienst zu erreichen ist. Tatsache ist, daß eine ganze Anzahl Affortlöhne verbessert werden müßten, wenn der tarifliche Solllohn erzielt werden soll. Die Gewerkschaften haben den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angezufen.

Zum Lehrlingswesen im Wäschneidergewerbe

Am 27. Juni fanden wiederum zentrale Verhandlungen zwecks Abschluß einer Lehrplangordnung für die Herren- und Damen-Wäschneiderei statt, diesmal in den Räumen des Handwerks- und Gewerbetammetages in Hannover. Der Kreis der Teilnehmer war ungefähr der gleiche wie bei der vorletzten Verhandlung.

Wir hatten gehofft, daß bei dieser Verhandlung eine restlose Einigung über alle noch schwebenden Streitfragen zustande käme. Leider ist dies nicht der Fall gewesen. Bei der Beratung der Bestimmungen über die Organe zur Durchführung der Lehrlingsordnung ergaben sich Meinungsverschiedenheiten, die auch durch eine längere Aussprache nicht beseitigt werden konnten. Die Gehilfenverbände hatten vorgeschlagen, daß die Gehilfenvertreter in den Fachauschüssen der Handwerkskammern auf Grund von Vorschlagslisten, die von den Gehilfenverbänden eingereicht werden, von den Handwerkskammern bestellt werden sollen. Die Vertreter der Innungsverände bestritten diese Bestimmung, weil sie nicht den Gewerkschaften das alleinige Vorschlagsrecht für die Gehilfenvertreter einräumen wollten. Für die Gehilfenverbände ist dies eine grundsätzliche Frage. Sie lehnten es ab, anderen Vereinigungen von Gehilfen das Vorschlagsrecht einzuräumen, weil sie nicht wollten, daß erst in Fachauschüssen bei Handwerkskammern „gelbe“ Tendenzen Eingang finden. Da die Meinungsverschiedenheiten in der Frage nicht beseitigt werden konnten, mußten die Verhandlungen vertagt werden. Sie sollen am 28. Juli ihren Fortgang nehmen. In der Zwischenzeit hofft man, eine brauchbare Grundlage zur Regelung dieser Frage zu finden.

Wenn somit auch keine abschließende Vereinbarung zustande kam, so ist doch eine grundsätzliche Einigung in vielen zur Lehrplangordnung gehörenden Fragen erzielt worden. Man einigte sich über die Dauer der Lehrzeit, die Höchstzahl der Lehrlinge, Probezeit bei Eintritt des Lehrverhältnisses und dem Lehrlingsurlaub. Die Kostgeldbeiträge für Lehrlinge sollen durch die in Aussicht genommene Fachauschüsse bei den Handwerkskammern festgelegt werden.

Weiter sollen noch Bestimmungen getroffen werden über Auswahl der Lehrlinge, Ueberwachung des Lehrlingswesens, Zwischenprüfungen, Lehrpläne und die Gehilfenprüfung. Die erste Lösung hierzu ist bereits erfolgt. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen in diesen Fragen nicht. Wenn es also gelingt, über die Bestimmung der Fachauschüsse zu einer Vereinbarung zu kommen, so ist damit zu rechnen, daß bei der nächsten Verhandlung die Lehrplangordnung als Ganzes vereinbart werden kann. Wir wünschen es im Interesse des Nachwuchses in unserem Handwerk sowie im Hinblick auf manche Mißstände im Gewerbe, denen auf die Dauer nur durch ein gut geordnetes Lehrlingswesen beseitigt werden können.

Trobe Pfingstfahrten der Jugend

Römer Befeidungsarbeiterjugend

Pfingsten, allüberall beliebte Kette- und Wandertage, insbesondere für den Großstädter, lockte auch die Römer Jugend zu frohem Wandern hinaus.

Zwar zeigte die Hitze des ersten Pfingsttages ein etwas trübes Gesicht, aber schließlich waren alle Bursten zur Stelle. Gleichsam hatte die ganze Gruppe in einem Weite Platz, und fort ging's dann den Rhein hinan. Von dort ist bald erreicht, und schon grüht uns in der Ferne das herrliche Siebengebirge mit der Burgruine Drachenfels, und weiter geht's, vorbei an dem vielbesungenen Rolandbogen, bis zum Rheinflüßchen Brühl, wo unsere Morgenfahrt enden und unsere Fußwanderung beginnen sollte.

Inzwischen hatte die Sonne die trüben Wolken verdrängt, und frohen Mutes ging es mit Sang und Klang durch das herrliche Brühlal bis zum Raacher See. Die schöne Lage des Sees sowie das Bedürfnis nach Erholung nach der Morgenwanderung veranlaßten uns, einige Stunden zu ruhen. Ein frisches Bad gab dann wieder Mut zur Nachmittagswanderung.

Zunächst wurde das am See gelegene Kloster Maria Laach besichtigt, und nach einem guten Marische erreichten wir unser Tagesziel Wargen, das schöne Eifelstädtchen, wofür die angemeidete Gruppe in der Jugendherberge Unterkunft fand. Zwar mußten wir uns mit Strohhäfen begnügen, und einigen soll es unter den dünnen Decken sogar etwas kühl geworden sein. Aber die schöne Morgensonne machte alle wieder munter.

Schon früh ging's in Wargen zum Gottesdienst, und nach demselben nahmen wir im Gefesthaus unseren Morgenkaffee ein, um dann gefräkt weiter in die schöne Eifel zu wandern. Ein schöner, heller Sonntag sollte uns heute beschieden sein, und das Wandern war eine besondere Freude, als es immer höher in die Berge hinauf ging. Gegen Mittag entdedten wir dann von einem Gipfel im Tal ein klares Bergflüßchen und daran gelegen eine herrliche Wiese, und schon ging es den steilen Abhang hinunter. Dort wurde unser Lager für einige Stunden aufgeschlagen. Nach echter Burgenart wurde da herumgetummelt, beim folgerer Tee gelocht und somit auch die Magenfrage gelöst.

Die Nachmittagswanderung führte uns dann durch herrliche Gebirgslandschaften und romanische Eifelbüdler, die, noch abgesehen von allem Verkehr, oft stundenweit von der Eisenbahn entfernt liegen. Am Spätnachmittag erreichten wir unsere Zielstation, und bald führte uns der Zug in das einzig schöne Ahrtal, das zum Abschluß der Pfingstreise noch herrliche Bilder in unserem Gedächtnis zurückließ.

Obwohl sich bei allen Teilnehmern eine starke Müdigkeit bemerkbar machte, war die Stimmung und der Humor im Weite äußerst gut. Beim Abschied im Römer Hauptbahnhof trennten wir uns mit dem Bewußtsein, fröhliche und genuegliche Stunden erlebt zu haben. — Fröhlich auf zu neuen Fahrten! A. U.

München (Jugendgruppe). Am der Wanderlust unserer Jugendlichen gerecht zu werden, veranstalteten wir einen Pfingstausflug. Alle Vorbereitungen waren sorgfältig getroffen. So war denn auch der Verlauf der Fahrt so, daß alle Teilnehmer — es waren 28 — vollsamt zufrieden waren.

Pfingstsonntag früh um 4.15 Uhr trafen wir am Bahnhof ein. Ungeheure Menschenmassen bestimten die abgehenden Züge. Nach sehten einige von der Gruppe, als der planmäßige Zug abholte. Bald aber trafen auch die Verschläfen im Eilschritt ein, und ein „Nachläufer“ brachte alle — manche sogar „erster Güte“ — nach Endorf. Mit frohem Sang wanderten wir nach Wien, dem Ziel des ersten Tages. Ein Schülerheim nahm uns gastlich auf. Nachmittags ging's zum See, wo ein Dampfssiff uns in lustiger Fahrt nach der Insel Herrenheimle überholte. Zu einem ganz mäßigen Eintrittspreise konnten wir das dortige Schloß besichtigen. Es ist dies eine Nachbildung des Versailles Schloßes, von König Ludwig II. von Bayern erbaut. Ein herrliches Kunstwerk deutscher Arbeit! Etwas ermüdet, doch vielen Gehen und Schauen und der brüdenen Hitze, erquidete sich ein Teil der Teilnehmer noch durch ein Bad in den süßen Fluten des Sees. Dann ging es per Schiff zurück. In der Herberge erwartete uns eine kleine, unangenehme Uebernachtung. Als wir Jungens unsere bestellten Nachquartiere aufsuchen wollten, waren dieselben bereits besetzt. Wir mußten uns wohl oder übel mit einem Heuloger begnügen, ließen uns dadurch aber die Stimmung nicht trüben, zumal wir dafür nichts zu zahlen brauchten. Im Schülerheim waren die Preise für Mittag- und Abendessen gerade nicht auf schlappe Gelbbörnen zugeschnitten. Dort scheint nicht bekannt zu sein, daß bei der Jugend in der Regel das Geld das „wenigste“ ist.

Der nächste Morgen brachte trübes Wetter. Nach dem Frühgottesdienste führten wir uns mit „selbstgebräutem Kaffee“, und dann ging es elends zum Bahnhof, um nach Aachen zu fahren. Hier teilten wir uns — wie im Programm vorgesehen war — in zwei Gruppen. Die Mädchen wanderten am Fuße der Berge den Bernau, während die Jungens sich aufmachten, um die Rampenwand zu besteigen. Doch bald setzte stromender Regen ein, und passsionh lehrten wir oben in der Hütte ein. Hier trockneten wir uns und vertrieben uns die Zeit mit lustigen Liedern und geselliger Unterhaltung, bis der Regen aufhörte. Die Spitze selbst zu erklettern, hielten wir dann aber nicht für ratsam, da die Felsen nach waren und keiner mit Kletterseilen versehen war. Wenn auch meist dicke Nebelwolken ringsum die Berge umlagerten, so konnten wir doch manchen Blick ins schöne Bayernland werfen.

Der Weg ins Tal war schnell zurückgelegt. Bald waren wir in Bernau. Einige von uns nahmen noch ein frisches Bad im See, und um 6.30 Uhr trafen wir mit der anderen Gruppe, wie verabredet, am Bahnhof zusammen. Die Mädchengruppe hatte es sich recht auf sein lassen, denn sie hatte fast den ganzen Vortag, der für alle bestimmt war, bei einem Lagerfeuer aufgebracht. Doch darum keine Feindschaft! Uns Jungens war so einige Arbeit erspart. Infolge des starken Verkehrs ging die Rückfahrt nur langsam vorantaten. Mit reichlicher Bepflanzung kamen wir nach München, trotz einigem Mißgeschick gefräkt und ermutigt zu neuem Streben und Schaffen. Albert J. Imberger.

Jugendkursus in Steinfeifersdorf

Der unlängst in Steinfeifersdorf abgehaltene Jugendkursus war ein voller Erfolg. Leider ist die Zeit für solche Kurse — es handelte sich um einen Wochenendkursus — sehr knapp bemessen. Das wird sich vorläufig nicht ändern lassen.

Einleitend begrüßte Kollege Hübner (Breslau) die Teilnehmer und gab dann dem ersten Referenten, Kollegen Trautmann, das Wort zu seinem Vortrage über den Stand der sozialen Lage. Nebenbei gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über Entstehung und Gestaltung der Sozialgesetzgebung, um dann den gegenwärtigen Stand derselben zu behandeln. Dieses Thema wurde Samstagabends abgehandelt.

Am Sonntagmorgen nach dem Gottesdienste sprach Kollege Koch (Berlin) zunächst über den Aufbau der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, in einem zweiten Vortrage über die Reichsverfassung. Sehr lebhaft war das Aufnahmema vom gleichen Redner: „Gewerkschaft und Jugend“.

Alle Vorträge waren so gestaltet, daß die Jugendlichen Rede und Antwort geben mußten, wodurch

